

Beschluss des Landesparteitages der Partei Die Linke Thüringen
vom 14. bis 15. Juli 2025 in Ilmenau.

Gegen die Kriegslogik - der Einsatz für eine friedliche Welt beginnt hier!

Kriege, militärische Gewalt und gigantische Aufrüstungsprogramme konfrontieren uns mit den neuen Realitäten. Doch sie sind nicht alternativlos und dürfen es auch nicht sein. Als Linke stemmen wir uns überall dem neuen globalen Rüstungswettlauf und der zunehmenden Militarisierung unserer Gesellschaft entgegen. Bei den Ostermärschen haben auch wir als Thüringer Linke ein klares Zeichen gesetzt für Abrüstung und internationale Zusammenarbeit, statt Krieg und dem Recht des Stärkeren.

Wie wichtig unser Stimme hier in Deutschland und Thüringen ist, zeigte die Aufhebung der Schuldenbremse allein für Aufrüstung im Eilverfahren und das durch einen Beschluss des alten Bundestages. Während für immer mehr Waffen Geld im Überfluss da ist, bleibt bei dringend notwendigen Investitionen in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur der Deckel drauf. Wir wehren uns und bleiben dabei: Die Schuldenbremse muss vollständig weg!

Die neue Koalition unter Kanzler Merz hat nicht nur soziale Grausamkeiten im Gepäck, sondern setzt den Kurs von Aufrüstung, Kriegslogik und Militarisierung fort.

Dahinter verbirgt sich die Sehnsucht konservativer Kräfte nach einer dominanteren Rolle Deutschlands in der Welt. Da Ziel scheint weiterhin die Bundeswehr weiter zu einer Interventionsarmee auszubauen, statt sich nur auf die Landesverteidigung zu konzentrieren.

Wir lehnen ein Zurück zur Wehrpflicht, sowie die weitere Zusagen für immer mehr Rüstungsproduktion und Forschung für militärische Zwecke ab.

Mit Sorge schauen viele Menschen auch auf die internationalen Entwicklungen und die drohenden Gefahren durch Rechte und Faschisten weltweit. Autoritäre Machthaber wie Trump und Putin wollen die Welt neu unter sich aufteilen und nehmen dabei keine Rücksicht auf das Völkerrecht. Dabei mischt das Großkapital fleißig mit. Die Interessen von Tech-Giganten und Oligarchen sind den autoritären Machthabern wichtiger, als die Interessen derer die unter der täglichen Gewalt von Kriegen wie zum Beispiel in der Ukraine und im Nahen Osten oder Bürgerkriegen wie im Sudan leiden müssen.

So muss und kann es nicht bleiben. Was es braucht, ist eine gemeinsame Anstrengung aller Staaten für eine andere internationale Sicherheits- und

Außenpolitik. Wir brauchen Sicherheitsbündnisse, die auf Diplomatie statt Aufrüstung setzen und Abrüstungsbemühungen die im Vordergrund stehen. Nicht Kriegstüchtigkeit und Kriegslogik dürfen unser Handeln bestimmen, sondern Friedentüchtigkeit, Diplomatie und die Achtung des Völkerrechts. Zwischen Nichtstun und endloser Aufrüstung gibt es viele Wege. Worte statt Waffen müssen die Zukunft gestalten - auch hier in Thüringen.

Als Thüringer Linke setzen wir uns daher dafür ein, dass:

- der Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland eine klare Absage erteilt wird und stattdessen Abrüstungsbemühungen in den Vordergrund gestellt werden,
- die Zivilklausel an den Thüringer Hochschulen erhalten bleibt und die Friedens- und Konfliktforschung gestärkt wird, damit Wissenschaft in Thüringen weiter im Sinne der Friedenssicherung gelingt, anstatt der Aufrüstungslogik zum Opfer zu fallen,
- Investitionen in den industriellen Wandel in Thüringen einer klimagerechten Zukunft dienen und nicht auf Umstellung auf Rüstungsproduktion gesetzt wird,
- die Schuldenbremse im Bund und in den Ländern endlich gänzlich fällt, denn wir brauchen dringend Investitionen in Bildung, Gesundheit und Mobilität anstatt in immer weitere Aufrüstung,
- die Wiedereinführung der Wehrpflicht durch die Hintertür verhindert wird und auch das Werben für die Bundeswehr an Bildungseinrichtungen weiter keinen Platz hat,
- Diplomatie statt Aufrüstung wieder in den Fokus kommt. Wir fordern die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass beispielsweise das Weimarer Dreieck zu nutzen friedenspolitische Perspektiven in Europa, auch unter Einbindung der Ukraine, zu entwickeln, damit nicht über die Köpfe der Menschen hinweg die alten und neuen Autokraten dieser Welt einen Diktatfrieden erzwingen,
- der Schutz von Menschen im Mittelpunkt steht und nicht Abschottung. Das bedeutet Maßnahmen wie Landesaufnahmeprogramme Syrien oder Afghanistan wieder aufzusetzen und auch allen Kriegsdienstverweigerern und Deserteur*innen hier Asyl zu gewähren,
- auch die Kommunen eine starke Stimme für eine friedliche Welt sind. Insbesondere durch den Beitritt zur Initiative „Mayors for Peace“ können sie sich für weltweite nukleare Abrüstung und damit für eine atomwaffenfreie Welt einsetzen.